

# Klimaskepsis am Ägerisee

Ein neues Forschungsinstitut tritt der These der vom Menschen verursachten Erderwärmung entgegen

Von Alex Reichmuth, Oberägeri

Der Ägerisee im Kanton Zug ist eingebettet in eine liebliche Landschaft. Hier liegt der Morgarten, wo die Eidgenossen vor vielen Jahrhunderten erfolgreich Widerstand gegen die Habsburger leisteten. Um eine andere Art von Widerstand geht es bei einer Forschungseinrichtung, die seit kurzer Zeit ihren Sitz am Ägerisee hat: Das Institut für Hydrographie, Geoökologie und Klimawissenschaften will zeigen, dass CO<sub>2</sub> nicht zwingend der Haupttreiber hinter der Erderwärmung ist, und widersetzt sich damit einem angeblich weiten Konsens unter Forschern.

Hans-Joachim Dammschneider empfängt die *Basler Zeitung* in seinem Büro in Oberägeri, wo das Institut seine Adresse hat. Der Naturwissenschaftler und gebürtige Deutsche leitet die Institution, die Anfang 2017 gegründet wurde. «Im Gegensatz zu vielen anderen, die sich zum Thema Erderwärmung zu Wort melden, bin ich tatsächlich Klimatologe», sagt Dammschneider.

Wer beim Institut mitmacht, tut das – zumindest bisher – ehrenamtlich. Denn über wesentliche finanzielle Mittel verfügt dieses noch nicht. Dank moderner Kommunikation ist es für die Beteiligten auch nicht nötig, sich physisch am Ägerisee aufzuhalten. Das Institut ist eine Art Netzwerk gleichgesinnter Forscher.

## «Ruhe, Vernunft und Anstand»

Entscheidend für die Gründung war eine Begegnung mit Hans-Joachim Dammschneider mit dem deutschen Geologen Sebastian Lüning vor zwei Jahren. Lüning war zusammen mit Fritz Vahrenholt Autor des Buches «Die kalte Sonne» und betreibt eine klimaskeptische Internetseite mit dem gleichen Titel. «Lüning und ich kamen zum Schluss, dass es eigene Forschungsaktivitäten braucht, um aufzuzeigen, wie sehr sich die tonangebenden Klimawissenschaftler in Behauptungen verrannt haben», so Dammschneider. Denn nur, wer selber eine wissenschaftliche Leistung bringe, habe die Chance, ernst genommen zu werden.

Mit «Ruhe, Vernunft und Verstand» wolle sich das Institut in die Diskussion um die Erderwärmung einbringen. Dammschneider selber bezeichnet sich als «Klimarealisten», der es absurd findet, CO<sub>2</sub> als Schadstoff zu bezeichnen



Mit Blick auf Morgarten. Das Institut für für Hydrographie, Geoökologie und Klimawissenschaften ist seit Beginn des letzten Jahres in Betrieb. Foto Zug Tourismus

und der Substanz die Hauptschuld am Klimawandel zu geben.

Nachdem Dammschneider in Hamburg Geografie (mit Schwerpunkt Klimaforschung), Ozeanografie und Geologie studiert hatte, spezialisierte er sich während vieler Jahre auf Hydrologie. Im Anschluss an seine Doktorarbeit auf diesem Gebiet arbeitete er lange als selbstständiger Gutachter und half unter anderem mit, die Versandungs- und Verschlickungsprobleme an der Unterelbe zu lösen.

## Ständiger Wechsel

Vor 15 Jahren zog er zusammen mit seiner Frau in die Schweiz, wo die Hydrologie eine Zeit lang nicht mehr im Mittelpunkt seiner beruflichen Tätigkeit stand. Darum freut er sich, jetzt für das Institut wieder verstärkt wissenschaftlich tätig zu sein.

Für das Institut hat er bereits mehrere wissenschaftliche Arbeiten in der

hauseigenen Schriftenreihe publiziert. Dammschneiders Spezialgebiet sind periodische Temperaturveränderungen der Meere. Solche Ozeanzyklen mit einer Dauer von rund sechzig Jahren würden auch die Verhältnisse in der Atmosphäre prägen, leitet er aus seinen Resultaten ab. «Die Lufttemperaturen korrespondieren tendenziell mit den Oszillations-Trends in den Meeren und unterliegen einem vergleichbaren Muster.» Wichtig ist ihm aufzuzeigen, dass ständige Wechsel beim Klima normal sind und nicht erst existieren, seit der Mensch fossile Brennstoffe nutzt.

Diesen Schluss legen auch andere Studien nahe, die im Namen des Instituts in wissenschaftlich begutachteten Zeitschriften publiziert worden sind: Unter der Leitung von Sebastian Lüning untersuchte ein Forscherteam die Temperatur- und Niederschlagsrends in Afrika während des Hochmittelalters. Während den Jahren 1000 bis 1200 war

es auf der Nordhalbkugel ähnlich warm wie heute. Die Arbeiten von Lüning und seinem Team legen nahe, dass in dieser Zeit auch in Afrika sehr günstige Klimaverhältnisse herrschten. Auch das deutet darauf hin, dass die heutige Warmzeit nicht einzigartig ist.

## Aufmerksamkeit und Geld

Es ist dennoch kaum zu erwarten, dass die arrivierte Wissenschaft wegen dieser Publikationen auf den klimaskeptischen oder eben «klimarealistischen» Kurs des neuen Instituts einschwenkt. Hans-Joachim Dammschneider ist sich bewusst, dass ein langer, beschwerlicher Weg bevorsteht. «Auch in der Wissenschaft existiert der Herdentrieb», gibt er zu bedenken. Gerade junge Klimaforscher könnten es sich in der Regel nicht leisten, angebliche Wahrheiten in Frage zu stellen, wenn sie nicht ihre Karriere gefährden wollten. Von daher setze das Institut stark

auf den Support von freien Wissenschaftlern und emeritierten Professoren. «Diese können sich erlauben, offen zu sprechen», so Dammschneider.

Noch ringt das neue Institut um Aufmerksamkeit. Um es grösser und bekannter zu machen, braucht es vor allem Geld. Die Suche nach Sponsoren aus der Wirtschaft sei vielversprechend, versichert Dammschneider. Er erwartet, dass das Institut irgendwann eigene Mitarbeiter anstellen kann. Überstürzen wolle man aber nichts: «Wir gehen es Schritt für Schritt an.»

Sicher ist sich der Naturwissenschaftler, dass der Alarmismus um den angeblich menschengesteuerten Klimawandel nicht ewig anhält: «Früher oder später wird man die bisherigen Positionen relativieren müssen.» Bis es so weit ist, wollen er und seine Mitstreiter sich weiter in die Wissenschaft vertiefen – «nüchtern und unideologisch», wie Dammschneider versichert.

## Neun Milliarden Überschuss

Der Bund legt Gesamtüberblick auf seine finanzielle Lage vor

**Bern.** Die Jahresrechnung des Bundes schliesst 2017 mit einem Überschuss von 9,1 Milliarden Franken ab. Das zeigt die konsolidierte Rechnung, die der Bundesrat am Mittwoch genehmigt hat. Diese ermöglicht einen Gesamtüberblick auf die finanzielle Lage des Bundes. Wegen der Kapitalverflechtungen und Transferzahlungen zwischen den verschiedenen Einheiten des Bundes ist diese aus den separaten Rechnungen nicht ersichtlich.

Neu werden in die konsolidierte Rechnung auch die Sozialversicherungen einbezogen sowie Unternehmen, an denen der Bund eine Mehrheitsbeteiligung hält. In diesem Bereich

ist das Ergebnis 2017 etwas schlechter ausgefallen als im Vorjahr, was vor allem mit höheren Abschreibungen für SBB Cargo zu tun hat.

Die Sozialversicherungen haben das Jahresergebnis wegen der guten Anlagerenditen hingegen fast verdoppelt. Die Bundesverwaltung hat ihren Überschuss auf 3,8 Milliarden Franken mehr als verdreifacht. Grund dafür sind in erster Linie höhere Steuereinnahmen, insbesondere bei der Verrechnungssteuer. Die konsolidierte Rechnung weist auch einen Rückgang beim Bundespersonal aus. 2017 hatte der Bund 163 423 Vollzeitstellen, gut 1700 weniger als im Vorjahr. SDA

## Laufende Prüfung wäre von Vorteil

Revisionsaufsicht ortet Schwächen bei Pensionskassen-Kontrolle

**Bern.** Schweizer Pensionskassen verwalten ein Vermögen von über 900 Milliarden Franken. Trotzdem sind die Anforderungen an die Revisoren tiefer als bei Versicherungen oder anderen grossen Unternehmen. Die Revisionsaufsichtsbehörde (RAB) warnt vor Schwachstellen bei der Aufsicht.

Die Revisionsstellen nähmen bei der Aufsicht über diese enormen Summen eine zentrale Rolle ein, schreibt die RAB in ihrem Jahresbericht. Auch werde die staatliche Aufsicht wie im Finanzmarkt bis zu einem gewissen Grad an die Revisionsstellen delegiert. Allerdings unterstehen die Revisionsstellen von Vorsorge-

einrichtungen in der Regel keiner laufenden Aufsicht. Die RAB kann die Qualität der Revision nur im Verdachtsfall oder bei Gewährsverfahren gegen natürliche Personen prüfen. Immer wieder werden dabei schwerwiegende Verstösse gegen die Sorgfaltspflichten aufgedeckt. Die RAB wirft daher die Frage auf, ob die gesetzlichen Vorgaben an die Revisionsstellen von Vorsorgeeinrichtungen hoch genug sind. Beim Bundesrat ist die Botschaft angekommen. Das Justizdepartement prüft derzeit den Handlungsbedarf. Eine Lösung wäre die Unterstellung der Revision von Vorsorgeeinrichtungen unter die Aufsicht der RAB. SDA

## AKW-Stillegungen teurer als geplant

Das Uvek beziffert Kosten auf rund 24 Milliarden Franken

**Bern.** Die Stilllegung der Atomkraftwerke kostet über eine Milliarde Franken mehr als beantragt. Das Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Uvek) hat nach einer Überprüfung die Gesamtkosten auf 24,581 Milliarden Franken festgelegt.

Die Betreiber von Atomkraftwerken sind gemäss dem Kernenergiegesetz verpflichtet, für die Stilllegungskosten ihrer AKW und die Entsorgung der radioaktiven Abfälle aufzukommen. Als Grundlage für die Höhe der Beiträge dienen Kostenstudien, die alle fünf Jahre aktualisiert werden.

Die aktuelle Studie stammt aus dem Jahr 2016. Sie wurde vom Branchenverband der Schweizer Kernkraftwerksbetreiber (Swissnuclear) durchgeführt und bezifferte die Gesamtkosten auf 21,8 Milliarden Franken. Eine Überprüfung durch unabhängige Experten im Auftrag der Kommission für den Stilllegungsfonds und den Entsorgungsfonds (Stenfo) ergab Ende 2017 eine Kostenerhöhung von 13 Prozent auf 23,5 Milliarden Franken.

## Unterschiedliche Beurteilung

Das Uvek überprüfte den Antrag nun erneut. Es gebe zwar «keine Anhaltspunkte», an der Beurteilung der unabhängigen Experten zu zweifeln, teilte das Departement gestern mit. Doch in drei Bereichen weichen die Berechnungen vom Stenfo-Antrag ab.

So hatte die Kommission eine 40-Prozent-Chance für ein gemeinsa-

mes Lager für schwach-, mittel- und hochradioaktive Abfälle am gleichen Standort (Kombilager) angegeben. Für das Uvek hingegen darf diese Möglichkeit nicht in die Berechnung der Entsorgungskosten einfließen.

Denn die Standortsuche für geologische Tiefenlager sei noch nicht weit genug fortgeschritten, um einen Entscheid für oder gegen ein Kombilager zu fällen. Dadurch erhöhten sich die errechneten Entsorgungskosten um rund 651 Millionen Franken.

Weiter hatten die Experten die Abgeltungen für die Standortkantone und die Standortregionen in Höhe von 800 Millionen Franken lediglich mit einer 50-Prozent-Wahrscheinlichkeit angegeben. Das sei aber unzulässig, urteilt das Uvek. Auch hier müsse der Gesamtbetrag ausgewiesen werden. Dadurch erhöhen sich die Entsorgungskosten im Vergleich zum Antrag um weitere 400 Millionen Franken auf insgesamt 20,802 Milliarden Franken.

Schliesslich gehöre der Rückbau aller Gebäudestrukturen – einschliesslich der Fundamente – zu den Stilllegungskosten. Dieses sogenannte «Stilllegungsziel Grüne Wiese» sei in der entsprechenden Verordnung festgehalten. Die Stenfo hingegen hatte eine 20-Prozent-Chance für das Stilllegungsziel «Braune Wiese» aufgeführt. Dabei würden strahlenfreie Strukturen zurückbleiben.

Das sei aber «nicht angezeigt», urteilte das Uvek und erhöhte die Stilllegungskosten um weitere 46 Millionen

auf 3,779 Milliarden Franken. Insgesamt belaufen sich die vom Uvek errechneten voraussichtlichen Gesamtkosten damit auf 24,581 Milliarden Franken.

## Gemischte Reaktionen

Der Branchenverband der Schweizer Kernkraftwerksbetreiber (Swissnuclear) bezeichnete den Entscheid in einer Reaktion als schwer nachvollziehbar. Das Uvek habe in den Bereichen Abgeltungen, Kombilager und Grüne Wiese «systematisch» das höchstmögliche Szenario angenommen. Diese Bewertung der Risiken sei politisch motiviert und technisch kaum begründbar.

Die Schweizerische Energiestiftung (SES) hingegen begrüsst die Verfügung des Uvek. Doch sie bemängelt, dass sich das Uvek nicht zum Sicherheitszuschlag geäussert hat, der gemäss dem Stenfo-Vorschlag reduziert werden solle.

Dieser berücksichtigt die Wahrscheinlichkeit von Kostenüberschreitungen und soll sicherstellen, dass bei der Ausserbetriebnahme der AKW die erforderlichen Mittel vorhanden sind. Damit erhöhe sich das Risiko weiter, dass der Bund und die Steuerzahler der einst fehlende Mittel in den Fonds nachzahlen müssten, teilte die SES mit.

Die Stenfo kann gegen die Verfügung des Uvek innert 30 Tagen Beschwerde erheben. Die definitiven Beiträge können erst im Laufe des Jahres 2019 verfügt werden, wenn die revidierte Stilllegungs- und Entsorgungsfondsverordnung (SEFV) in Kraft tritt. SDA